

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

- (A) heiten. So erklärt sich dies. Ich freue mich trotzdem, daß Sie heute abend noch da sind.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und
Staatskanzlei**

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4502 hin und bitte um Wortmeldungen.
- Herr Kollege Jostmeier für die Fraktion der CDU, bitte schön!

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen also jetzt zum vorletzten Punkt der Tagesordnung, wie der Präsident gerade sagte.

- (B) Wir haben bei den Haushaltsberatungen dieser zwei Tage vor dem Hintergrund, daß im nächsten Jahr, wenn der Wähler es so will - und er will es so -, nach 34 Jahren der Wechsel stattfindet, festgestellt, daß bei den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr wir diejenigen sein werden, die die Entwürfe machen. Wir haben uns vorgenommen, daß wir nicht nur Forderungen stellen, sondern auch sagen, welches Geld wir wofür nehmen wollen und was wir für wichtiger halten.

Ich darf bei diesem Tagesordnungspunkt, bei der Staatskanzlei, vier Punkte erwähnen, wo wir ganz konkrete Vorschläge machen werden und auch gemacht haben.

Ich komme zum ersten, zur Filmstiftung. Die Filmstiftung soll im Haushaltsplan des Jahres 2000 mit 25,6 Millionen DM gefördert werden. Die SPD-Mehrheit dieses Hauses hat sogar beschlossen, daß diese Gelder verpflichtend - Herr Grätz: verpflichtend! - für diese Filmstiftung verwandt werden sollen. Wir sind der Meinung und schlagen vor, daß dieser Titel um 5,6 Millionen DM auf 20 Millionen DM gekürzt werden sollte, weil man dieses Geld nachhaltiger und sinnvoller verwenden kann. Ich will ein paar Beispiele nennen.

Haben Sie schon einmal überlegt, was man mit 5,6 Millionen DM im Bereich der Schule machen könnte? Man könnte, Herr Ministerpräsident, mit 5,6 Millionen DM ca. 60 neue Lehrerinnen und Lehrer an Bord holen. Man könnte - und das hat der Kollege Arentz heute morgen so nachdrucks-

- (C) voll mit Beispielen dargestellt - die Kürzungen, die Sie in der Landesverwaltung bei den Stellen für Auszubildende in den vergangenen vier Jahren vorgenommen haben, nämlich um mehr als 1.000 Lehrstellen - ca. 15 % gekürzt -, in etwa rückgängig machen und mit diesen 5,6 Millionen DM 1.000 Auszubildende mehr in der Landesverwaltung beschäftigen.

Was wir auf keinen Fall mittragen wollen und was wir ganz strikt ablehnen: daß dieses Geld aus der Filmstiftung oder Teile davon für so zweifelhafte Projekte wie zum Beispiel HDO verwandt werden soll. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten aus dem "Focus" zitieren.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Der "Focus" ist genau richtig!)

- Ganz genau, der "Focus" bringt ab und zu auch Wahrheiten ans Licht, Herr Ministerpräsident. Er hat am 29. November geschrieben:

"Damit überhaupt in Oberhausen Filme bearbeitet werden, verpflichtete sich Nordrhein-Westfalen zudem, pro Jahr 7 Millionen DM aus dem Topf der NRW-Filmstiftung an HDO zu zahlen."

- (D) Meine Damen und Herren, das halten wir für völlig falsch, und das lehnen wir entsprechend ab.

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Im Haushalt sind die Titel für Landespresse- und -medienarbeit auf 3,6 Millionen DM festgelegt. Damit wird unter anderem die Neuauflage der Nordrhein-Westfalen-Design-CD-ROM bezahlt, damit wird die Broschüre "Wir in Nordrhein-Westfalen" bezahlt, und so weiter und so fort. Aber damit noch nicht genug.

Zusätzlich verfügt die Landesregierung bei diesem Titel über 1,9 Millionen DM für Repräsentationsverpflichtungen. Angesichts der desolaten Finanzsituation - und die Redner der SPD und der GRÜNEN haben doch gestern und heute mehrfach auf die angespannte Finanzsituation des Landes hingewiesen - ist die CDU-Fraktion der Meinung, daß man hier ganz erheblich reduzieren könnte und daß Verzicht geboten ist. Wenn wir das Sagen hätten, würden wir die Gelder um ca. 50 % kürzen und diese Mittel für neue Schwerpunkte, neue Prioritäten, nämlich zum Beispiel Schule, Wirtschaft, Familie und innere Sicherheit, festlegen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Wir haben in den Haushaltsberatungen mehrfach festgestellt

(Werner Jostmeier [CDU])

- (A) - Herr Groth, auch Sie werden das wissen, und ich komme nachher noch konkret dazu und werde einige Beispiele nennen, wenn Sie hier antworten sollten -, daß uns kurzfristig und mit heißer Nadel gestrickte Projekte vorgestellt werden. Was aber absolut nicht hingenommen werden kann, ist, daß kurzfristig und ohne daß es mit den Fachausschüssen entsprechend abgesprochen worden wäre, aus Steuermitteln 1,5 Millionen DM für ein sogenanntes Call Center seitens der Landesregierung verwandt werden sollen, das kurzfristig auf Probe installiert werden soll und dessen Konzept überhaupt noch nicht feststeht. Es steht zu befürchten - und das wird ja auch ganz deutlich zugegeben -, daß mit diesem Call Center wahlkampf wirksam Bürgeranfragen beantwortet werden sollen.

Meine Damen und Herren, wir sind nicht nur der Meinung, daß Sie von der Landesregierung und der SPD-Fraktion so hoch über den Wolken schweben, daß Sie auch den letzten unmittelbaren Draht zum Bürger durch ein solches Call Center wahrnehmen lassen wollen, sondern wir sind auch der Meinung, daß das Geld des Steuerzahlers einfach zu schade ist, um für diese Dinge verwandt zu werden.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Ich komme zu einem vierten Punkt. Meine Damen und Herren, auch ohne daß es im Fachausschuß besprochen worden ist, hat die Landesregierung kurzfristig festgelegt, daß 1,85 Millionen DM dafür bereitgestellt werden sollen, daß die Landeszentrale für politische Bildung in das Stadttor einziehen soll, um damit direkt von der Staatskanzlei verwaltet - und ich sage auch: kontrolliert - zu werden.

(Bodo Champignon [SPD]: Das ist ja verwerflich!)

Meine Damen und Herren, den Steuerzahler kostet "Ihr" Stadttor, Herr Ministerpräsident, in diesem Jahr, 1999, bereits über 40 Millionen DM mehr. Weitere 1,85 Millionen DM für die Landeszentrale für politische Bildung dort hineinzupumpen, halten wir für falsch.

Wir haben bei diesen vier Punkten Kürzungen in Höhe von insgesamt fast 12 Millionen DM vorgeschlagen. Die tun niemandem weh. Sie haben vielleicht eine Schlagzeile weniger, Sie haben vielleicht eine Hochglanzbroschüre weniger; aber es

wäre sehr im Sinne des Steuerzahlers, dieses Geld einzusparen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Diese Kürzungen täten niemandem weh, wenn man mit dem Geld neue Prioritäten setzen würde. Der Kollege Arentz hat vorhin auf das Krankenhauswesen hingewiesen. Wissen Sie, wieviel Gutes Sie für das Krankenhauswesen tun könnten, wenn Sie diese 12 Millionen DM dort verwenden würden?

(Bodo Champignon [SPD]: Wieso "könnten"?)

Wissen Sie, wie dankbar Ihnen die Kindergärtnerinnen wären, wenn Sie die Kürzungen nach dem Kindertagesstättengesetz - vor zwei Jahren haben Sie denen die zweite Stelle genommen und die Gruppen vergrößert - mit diesen 12 Millionen DM rückgängig machen würden?

(Beifall bei der CDU)

Herr Groth, ein weiteres Beispiel: Was meinen Sie, wie dankbar Ihnen große Bevölkerungsgruppen wären, wenn Sie mit diesen 12 Millionen DM die Kürzungen bei Fahrten zu Privatschulen, die Sie vor zwei Jahren vorgenommen haben, aufheben würden? (D)

(Beifall bei der CDU)

Es gibt weiß Gott bessere Möglichkeiten, Steuergelder zu verwerten, als Sie es tun. Deshalb sagen wir zu diesem Haushalt der Staatskanzlei nein, Herr Ministerpräsident. Wir lehnen ihn ab. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]: Da haben wir ja Glück gehabt! Wenn Sie ja gesagt hätten, das wäre was gewesen!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Jetzt erteile ich für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Grätz das Wort.

Reinhard Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mental Herrn Hege- mann hier erwartet; er war wohl auch angemeldet.

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** So kann man sich irren.

(Minister Dr. Michael Vesper: Der hat was anderes zu tun! Aber Sie haben sich ja darauf eingestellt!)

Reinhard Grätz (SPD): Ja, das fällt einem leicht, insbesondere wenn es ein um Sachlichkeit bemühter Kollege wie Herr Jostmeier ist. Es fällt ihm ja erkennbar schwer, nicht sachlich zu bleiben. Sie haben aber Unrecht, Herr Jostmeier.

Erstens Filmstiftung: Darüber haben wir in all den Jahren hinreichend diskutiert. "Focus"-Meldungen sollten Sie kritisch hinterfragen.

(Beifall bei der SPD)

Nur das will ich zu den genannten 7 Millionen DM sagen. Gerade in den letzten Tagen und Wochen gibt es schon genug Beweise, daß die dortigen Meldungen unwahr oder verzerrt sind.

Wir sind der Meinung - das ist in diesen Tagen in den zuständigen Ausschüssen Gott sei Dank erläutert worden -, daß diese Filmstiftung, an deren Errichtung Herr Clement ganz wesentlich beteiligt war, auch entgegen dem einen oder anderen Prüfungsbericht, der geradegestellt werden konnte, wirklich eine Erfolgsgeschichte ist. Unsere Filmstiftung gilt als die Mustereinrichtung bundesweit, die alle Einrichtungen der anderen Länder als Maßstab nehmen. Insoweit ist die Ausstattung, die im übrigen auf Verträgen beruht, die man im laufenden Haushaltsjahr nicht beliebig ändern kann, gerechtfertigt. Um die zusätzlichen Anstöße, die diese Filmstiftung in der Medienwirtschaft bringt, zu vergrößern, bräuchten wir eigentlich mehr Geld. Aber wir haben es nicht.

Zweitens Öffentlichkeitsarbeit: Das ist nun wirklich der ungeeignetste Punkt zum Sparen. Wir sagen dem jetzigen Ministerpräsidenten und seinem Vorgänger seit Jahren: Ihr seid in diesem Punkt zu bescheiden. Dem dicken Heft können Sie ja entnehmen, was die anderen Länder - alles kleinere Länder - in Sachen Öffentlichkeitsarbeit tun. Die meisten dieser Länder verzeichnen nicht nur Steigerungsraten, sondern tun pro Einwohner absolut viel, viel mehr als wir. Wir haben seit Jahren - ich denke, in den ganzen 90er Jahren - ein Überrollen der genannten 3,6 Millionen DM für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit. Ich frage mich manchmal: Wie kann die Landesregierung das, was notwendig ist - nicht, was sinnvoll ist; das

kann ja gar nicht geschehen -, mit diesem Jahr für Jahr überrollten Betrag noch leisten? Die Öffentlichkeitsarbeit ist wirklich ein untaugliches Objekt zum Einsparen. Hier ist seit Jahren größte Bescheidenheit angesagt.

(Werner Jostmeier [CDU]: Fragen Sie mal die Bürger, Herr Grätz!)

- Den Bürgern möchten Sie natürlich am liebsten sagen, daß Sie diesen Bereich auf Null herunterfahren wollen. Aber wenn Sie irgendwann einmal die Landesregierung stellen sollten, würden Sie ihn auf möglichst das Doppelte erhöhen.

Drittens Call Center: Ich sehe hier nur einen kritischen Punkt - mir gefällt der Name nicht; er führt zu Mißverständnissen. In der Sache sind Call Center goldrichtig. Der Landesregierung hätte eher einfallen sollen, ein solches einzurichten. Wir bräuchten es schon als sachkundige Abgeordnete, die wir die vielfältigen Wege kennen oder kennen sollten, eigentlich sehr oft. Wir brauchen solche bürgerfreundlichen Anlaufstellen, damit sich die Bürger in dieser nun einmal komplizierten Welt besser und schneller zurecht finden. Call Center sind ein goldrichtiger Weg. Ich kann die Landesregierung nur ermutigen, diesen Versuch zu machen. Ich bin sicher: Er wird gelingen, auch wenn zu Beginn das eine oder andere Lehrgeld zu zahlen sein wird. Das wird nicht ausbleiben.

Viertens Landeszentrale: Auch dieser Punkt war für mich überraschend. Das war eine kurzfristige Vorlage, in der Sache aber goldrichtig. Wir beklagen seit Jahren, daß unsere Landeszentrale für politische Bildung nicht nur weit weg von allen Ministerien, von allen Verwaltungen, insbesondere auch vom Landtag liegt, sondern auch völlig unzureichend untergebracht ist. Man konnte sie Besuchern gar nicht zeigen. Ich freue mich, wenn die Landeszentrale nun in die Nähe des politischen Geschehens kommt. Sie wird unabhängig bleiben; das denke ich schon. Sie ist doch über viele Jahrzehnte eine sehr unabhängige Einrichtung, die eben das tat, was geboten war, und zwar mit den bescheidenen Mitteln, die auch sie nur in jedem Haushaltsjahr hat.

Ich finde, das ist die richtige Maßnahme. Diese Einrichtung muß in die Nähe der Politik, der Behörden, der Einrichtungen, auch der Wirtschaft und in die Nähe des Parlaments; denn wir als Parlament haben mit dieser Einrichtung über viele Jahre hervorragend zusammengearbeitet. Ich habe nie, auch nicht von der Opposition, jemals ge-

(B)

(C)

(D)

(Reinhard Grätz [SPD])

- (A) hört, daß diese Einrichtung parteiisch gearbeitet hat. Es hat sie immer ausgezeichnet, daß sie für alle offen war.

Bezüglich Ihrer Haltung gegenüber dem Wissenschaftszentrum habe ich mich gewundert; denn früher haben Sie immer das Wissenschaftszentrum abschaffen wollen. Da hatten wir und haben wir konzeptionell grundlegend unterschiedliche Vorstellungen. Ich sage heute nur das: Wir werden das Wissenschaftszentrum weiterhin positiv begleiten. Wir halten es für unbedingt erforderlich. Ihr mehrjähriges Ziel, es gewissermaßen den Hochschulen einzuverleiben, wäre ein sehr großer Fehler, der Mitnahmeeffekte und die Ausschöpfung von Ressourcen nicht mehr ermöglichen würde.

Letzte Bemerkung: Wir leisten im Haushalt des Ministerpräsidenten seit den 90er Jahren eine ganz wichtige freiwillige Position. Das ist die internationale Zusammenarbeit. Dazu sind wir als Land nicht verpflichtet. Wir haben hier sehr viel investiert, und die Liste, die vor einigen Tagen von der Landesregierung vorgelegt worden ist und die die einzelnen Objekte in Osteuropa und im Vorderen Orient betrifft, ist wirklich beeindruckend. Man kann hier mit relativ wenig Geld große Erfolge erzielen. Wenn die Mittel nicht mehr so hoch sein können, wie sie Anfang der 90er Jahre waren - wir waren ja absoluter Spitzenreiter unter den Bundesländern -, dann ist immerhin noch ein beachtlicher Betrag übrig geblieben, mit dem die erfolgreich begonnenen und durchgeführten Objekte weitergeführt werden können.

- (B) Insgesamt ist der Haushalt der Staatskanzlei, wenngleich er ein Minus von 5,8 % aufweist - das ist ja auch eine Leistung -, einer, der sich sehen lassen kann und dem wir Sozialdemokraten mit großer Freude zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Danke schön. - Ich darf als nächster Rednerin Frau Kollegin Löhrmann das Wort erteilen. Bitte schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! - Aber wir sind ja unter uns, dann wissen das auch alle.

(Minister Dr. Michael Vesper: Aber die Öffentlichkeit!)

- Die Öffentlichkeit ist grandios vertreten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Die Öffentlichkeit ist immerhin zum Teil noch vertreten. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die diesjährigen Beratungen zum Einzelplan 02 haben sich im Gegensatz zu mancher Debatte der vergangenen Jahre weitgehend unaufgeregt gestaltet, und die Anträge und Beiträge der CDU waren mal wieder in keiner Weise geeignet, irgend etwas Neues, Richtungsweisendes oder auch nur Erhellendes zur politischen Debatte in Nordrhein-Westfalen beizutragen.

Herr Jostmeier, zu Ihrem Punkt: Den Stellenwert, den Sie der politischen Bildung einräumen wollen, finden wir nicht angemessen. Wir halten die Arbeit für außerordentlich wichtig. Aus unserer Sicht gilt es, die Arbeit aufzuwerten, weil sie eine wichtige Arbeit auch zur politischen Bildung von Schülerinnen und Schülern, von Jugendlichen auch in Verbänden ist. Deswegen finden wir es durchaus richtig, ihren Stellenwert auch durch eine räumliche Nähe zur Politik aufzuwerten. Natürlich haben wir den Anspruch, daß sie unabhängig arbeitet.

Aus unserer Sicht möchte ich zum Haushalt der Staatskanzlei drei Punkte ansprechen.

Erstens. Die CDU hat beantragt, die Zuschüsse zum Aufbau eines Netzes von Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren um 1 Million DM zu reduzieren. Im Folgejahr soll der Titel auf Null gesetzt werden. Die CDU zeigt damit einmal mehr, daß sie die Wende in der Entwicklungspolitik in NRW, die die GRÜNEN mit ihrer Regierungsbeteiligung eingeleitet haben, nicht nachvollziehen kann oder will. Wir folgen in Nordrhein-Westfalen dem Ansatz der Eine-Welt-Arbeit statt der traditionell patriarchalen Entwicklungshilfe für die armen Länder. Wir haben auch korrespondierend mit den bescheidenen, aber wirkungsvollen Mitteln im Gemeindefinanzierungsgesetz flächendeckend dazu beigetragen, daß der Eine-Welt-Gedanke in unserem Land und auch in den Städten und Gemeinden unseres Landes einen immer größeren Stellenwert bekommt, unter anderem in den Agenda-Prozessen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das Land unterstützt weiterhin mit viel Engagement und großem finanziellen Einsatz freiwillige Hilfen und Initiativen besonders in Osteuropa, Israel und Palästina. Oft bedeutet dies, wie etwa am Beispiel der gestern eröffneten Ausstellung "50 Jahre Givat Haviva" deutlich wird, Hilfe zur

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Selbsthilfe und konkrete Friedensarbeit, von der auch wir einiges lernen können.

Zweitens. Geradezu rabiat wollte die CDU mit einer 3-Millionen-Kürzung beim renommierten Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen zuschlagen, immerhin ein knappes Drittel der Etatposition. Die neue CDU im Westen scheint bei ihrer vermeintlichen programmatischen Renovierung kalte Füße zu bekommen, will sie doch - Zitat aus der Begründung des Antrages - "die Zielsetzung des Wissenschaftszentrums einer kritischen Prüfung unterzogen" wissen.

Wir als GRÜNE sind dagegen stolz darauf, daß wir uns als Land eine solch innovative Denkfabrik leisten, und wir freuen uns auch zukünftig auf die kritischen zukunftsweisenden Produkte dieser Denkfabrik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Querdenken ist in diesem Land weiterhin angesagt.

Drittens. Mit der zweiten Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung die Anmietung und Nutzung eines sogenannten Callcenters durch Umschichtung aus dem Öffentlichkeitetat in den Haushalt eingebracht. Ich will nicht verhehlen, daß auch wir bei diesem Vorhaben zunächst äußerst skeptisch waren und teilweise auch noch sind, zumal sich die Landesregierung bei der Vorstellung im HFA - ich habe es im Protokoll noch einmal nachgelesen - nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat.

(B)

(Beifall des Werner Jostmeier [CDU])

Aber wie so oft, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU - klatschen Sie nicht zu früh -, liegt die Wahrheit vielleicht auch hier in der Mitte, und es gibt außer Schwarz und Weiß auch noch ein paar Farben dazwischen.

Ich kenne aus meiner Kommune - in anderen Kommunen gibt es das auch - Kommunikations- und Beschwerdemanagement, um Beschwerden und Anliegen der Bürgerschaft aufzugreifen und ihnen zu begegnen. Warum soll das, was auf kommunaler Ebene gut funktioniert, nicht auch einer modernen Landesverwaltung gut zu Gesicht stehen? In den Kommunen machen das Ihre Leute zum Teil auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sollte man das nicht immer gleich verteufeln, sondern man sollte sich diesem Gedanken kritisch und konstruktiv nähern.

Vor diesem Hintergrund haben wir als GRÜNE das Ganze nicht vorschnell in Bausch und Bogen verdammt, sondern als Fraktion konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung eines solchen Projektes in Form von Kriterien entwickelt. Denn wir wollen sehr wohl, daß sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit ihren Anliegen und Beschwerden an das Land und seine Behörden wenden können und möglichst schnell eine fachlich fundierte Antwort erhalten. Dabei muß ihre Individualität auch beim Einsatz technikgestützter Verfahren ebenso gewahrt werden wie der Datenschutz.

Der hohe Anspruch der Fachlichkeit macht es darüber hinaus erforderlich, den Ressorts trotz der zentralen Anlaufstelle eine hohe Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeit zu garantieren. Letztlich bleibt ihre Fachkompetenz ausschlaggebend für die Akzeptanz des gesamten Projektes bei der Bevölkerung.

Vollkommen klar ist aus unserer Sicht, daß die Rechte der Abgeordneten sowie das Petitionsrecht von diesem Vorhaben unberührt bleiben müssen. Selbstverständlich kommen aus unserer Sicht als externe Vertragspartner nur solche Unternehmen in Frage, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse schaffen und die Einhaltung der tarifvertraglichen Bestimmungen gewährleisten.

Diese Kriterien ebenso wie unsere Erwartungen an den Umsetzungsprozeß werden wir der Landesregierung zur dritten Lesung in einem Entschließungsantrag mit auf den Weg geben. Wir erwarten zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses ein detailliertes Konzept. Wenn die Richtung stimmt, kann eine Probephase beginnen. Erst nach Auswertung dieser Phase beginnt nach einer Ausschreibung das eigentliche Projekt.

Vor diesem Hintergrund können wir diese Angelegenheit begleiten und uns dieser neuen Herausforderung stellen. Meine Fraktion stimmt der Beschlußempfehlung zum Einzelplan 02 zu. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wenn aus dem Kreis des Hauses keine Wortmeldungen mehr vorliegen, darf ich Herrn Ministerpräsident Clement ums Wort bitten.

(C)

(D)

- (A) **Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, daß ich zu dieser Stunde, Herr Präsident, noch an den Beratungen teilnehmen kann und darf.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich habe gehört, daß Sie eigentlich schon woanders sein müßten.

(Heiterkeit)

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Ja, aber die Debatte ist so spannend, daß ich lieber hier bin, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

An sich wollte ich heute hier sein, um den Sturm auf die Staatskanzlei zu erleben. Das war aber jetzt doch sehr verhalten, Herr Kollege Jostmeier. Dafür bin ich auch dankbar - ehrlich gesagt -, weil es keinen Sinn macht, daß wir uns Spiegelfechtereien leisten. Zu dem, was heute zum Haushalt der Staatskanzlei zu debattieren ist, ist das Wesentliche gesagt.

- (B) Ich will nur noch darauf hinweisen: Suchen Sie einmal eine Landesregierung und eine Staatskanzlei mit einem Ministerpräsidenten, die unmittelbar vor der Landtagswahl einen so bescheidenen Haushalt vorlegen! Fragen Sie doch einmal in Bayern - sonst lieben Sie doch dieses Beispiel -, in Baden-Württemberg oder in anderen Ländern nach, wie das dort aussieht. Darauf hat Herr Kollege Grätz dankenswerterweise sehr deutlich hingewiesen. Schauen Sie sich einmal die Ausgaben für Repräsentations- und Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei in Bayern an! Betrachten Sie, wie sich die Ausgaben jeweils vor Wahlen entwickeln! Da müssen Sie uns eigentlich ziemlich mutig finden. Das sind wir in der Tat.

Soweit ich das heute verfolgen konnte, verkünden Sie immer noch tapfer, Sie wollten die Wahlen gewinnen. Daran gemessen, müssen Sie doch zugeben, daß wir über viel Selbstbewußtsein verfügen. Ich gebe zu, dieses Selbstbewußtsein hat sich in den letzten Tagen und Wochen noch verstärkt.

Ich gehe die einzelnen Positionen, die Sie angesprochen haben, einmal durch:

Zur Repräsentation ist das Notwendige gesagt.

Zur Filmstiftung hat sich Herr Kollege Grätz sehr deutlich ausgedrückt. Ich finde es, Herr Kollege Jostmeier, nicht fair, wenn Sie jede Million, die aus irgendeinem Grunde in irgendeinem Ressort der Landesregierung ausgegeben wird, kritisieren. Sie nehmen jetzt den Straßenbau. Dann könnte ich Ihnen antworten: Diese 5 Millionen DM für den Straßenbau könnten Sie auch besser für Kindergärtnerinnen oder ähnliches ausgeben. Diese Beispiele entbehren jeglicher politischen Konstruktivität.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine konstruktive politische Diskussion. Ich könnte genauso gut sagen: Ohne die Filmstiftung hätten wir im Lande Nordrhein-Westfalen nicht die heutige Größenordnung erreicht, was die medienwirtschaftliche Entwicklung angeht. Die Medienwirtschaft verfügt heute über 230.000 Arbeitsplätze. Wenn wir den Vorschlägen Ihrer Politik, die vorher Frau Kollegin Hieronymi hier vertreten hat, und den Ansätzen gefolgt wären, wären wir in Nordrhein-Westfalen heute noch ein medienwirtschaftliches Nullum. Statt dessen sind wir das führende medienwirtschaftliche Land.

(Beifall bei der SPD)

Die Linie, die Sie vertreten, ist nicht sehr beeindruckend. Auch da kann ich vielleicht darauf hinweisen, daß in Bayern für unserer Filmstiftung entsprechende Einrichtungen 30 Millionen DM jährlich ausgegeben werden, also noch 5 Millionen DM mehr als bei uns. Das spricht dafür, daß wir keineswegs zu großzügig sind, sondern eher noch etwas mehr tun könnten.

Zur Landeszentrale für politische Bildung kann ich von A bis Z unterstreichen, was Herr Kollege Grätz gesagt hat. Das gilt für alle Aspekte, auch für diesen: Natürlich war es immer ein Wunscherer, die sich für die Landeszentrale engagiert haben, daß sie mehr ins Zentrum, mehr ins Blickfeld kommt. Das versuchen wir jetzt mit dieser Maßnahme.

Da der Finanzminister noch nicht hier ist, kann ich in Klammern hinzufügen: Wenn Sie dann noch die Frage eines Gästehauses für das Parlament vernünftig lösen, dann ist das in Düsseldorf endlich eine abgerundete Entwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Was die Landeszentrale angeht, Herr Kollege Grätz, darf ich zur Unabhängigkeit darauf hinwei-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) sen, daß ich früher als Chef der Staatskanzlei für die Landeszentrale zuständig war. Sie ist nicht in Abhängigkeit geraten, sondern ich kann schon für mich in Anspruch nehmen, darauf geachtet zu haben, daß dort solche Probleme gar nicht erst auftreten konnten.

Die Auslandsaktivitäten mußten in den letzten Jahren wegen der Haushaltssituation leider etwas reduziert werden. Aber es stimmt: Wir haben trotzdem Enormes bewirken können. Es ist richtig: Mit relativ wenigen Mitteln können Sie insbesondere in Mittel-, Ost- und Südosteuropa große Wirkungen erzielen. Das haben wir in der Vergangenheit getan, früher noch sehr viel tiefgreifender als heute. Ich hoffe, daß wir noch einmal zu einem solchen Stand zurückkehren können. Denn das ist auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, eines Landes von solcher Größenordnung, das über Jahre und Jahrzehnte gesehen an seine Auslandsmärkte denken muß. Es ist im Interesse Nordrhein-Westfalens, wenn wir auf diesen Feldern so vorangehen.

(B) Ich bin auch überzeugt davon, daß der Weg richtig ist, den wir mit den Dritte-Welt-Promotorinnen und -Promotoren gehen. Frau Kollegin Löhrmann hat es bereits dargestellt: Wir tragen mit bescheidensten Mitteln dazu bei, daß das Bewußtsein für die Nord-Süd-Problematik bzw. die Problematik der "Einen Welt" erhalten bleibt und wir die Aktivitäten engagierter Menschen unterstützen können, damit dieses Thema nicht aus unserem Blickfeld gerät.

Wir haben "Call-Center" als dieses wunderbare Thema: "Call-Center" ist offensichtlich für uns unter vielen Gesichtspunkten ein schwieriger Begriff. Herr Kollege Grätz, da der Begriff mit Blick auf die öffentliche Verwaltung Probleme bereitet, möchte ich erklären: Wir starten eine Call-Center-Offensive und haben auf diesem Sektor inzwischen Tausende von Arbeitsplätzen. Ich könnte Ihnen anhand von Unterlagen belegen, daß wir zur Zeit mit fünf Call-Center-Investoren verhandeln, wobei wir meistens über jeweils einige hundert Arbeitsplätze reden. Es handelt sich also bei den Call-Centern um einen gewaltigen Faktor. Ich bitte Sie darum, das wirklich nicht zu unterschätzen.

Wir wollen bei der Staatskanzlei ein Bürger- und Informationszentrum einrichten. Wie wir das hinterher nennen, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß wir endlich einen raschen Reflex haben, eine rasche Antwort auf Fragen von In-

stitutionen, Bürgerinnen und Bürgern geben können, die sich an uns wenden. Daran will ich keinen Zweifel lassen. Im übrigen habe ich schon 1998, kurz nach meinem Amtsantritt, angekündigt, daß wir auf dem Gebiet zu Veränderungen kommen wollen. Mir tut es auch leid, daß das alles so entsetzlich lange dauert, bis man soweit ist. In großen Unternehmen ist das wie in Verwaltungen offensichtlich relativ schwierig.

Frau Kollegin Löhrmann, es ist verfassungsrechtlicher Grundsatz - dazu bedarf es eigentlich keiner Papiere -, daß das Ressortprinzip gilt. Es gilt die Eigenverantwortung der Ressorts. Nichts wird tangiert. Gleichwohl spricht nichts dagegen, das zu bündeln, was gebündelt werden muß. Wir reden doch sonst immer an jeder Ecke und Kante über Synergieeffekte. Die Fragen, die im Zusammenhang mit den Anrufen von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Institutionen auflaufen, werden - sofern sie leicht zu beantworten sind - natürlich von hochtrainierten Leuten - und nicht von 630-DM-Job-Leuten - sofort beantwortet. Soweit solche Fragen fachlich nicht zu beantworten sind, gehen sie zunächst an die Ressorts und werden von dort möglichst sofort beantwortet. Wir haben heute die technische Möglichkeit, jedes Ressortmitglied an jedem Punkt der Welt jederzeit erreichen zu können.

Ziel dieser Einrichtungen - technisch muß ich jetzt von "Call-Centern" sprechen, Herr Kollege Grätz - ist es, daß die Fragen spätestens binnen vier Tagen beantwortet werden. In Ausnahmefällen muß binnen vier Tagen mitgeteilt werden, daß die Antwort noch etwas länger brauchen könnte. So sieht das Ziel aus. Das müssen Sie ins Verhältnis setzen zur Beantwortung von Anfragen, Appellen und Briefen, die heute an die öffentliche Verwaltung gehen und bei denen die Regel besteht, daß sie binnen vier Wochen beantwortet werden. Sie alle wissen, daß das nicht gelingt, sondern daß wir noch mehr Zeit brauchen. Frau Kollegin Löhrmann, diese Antworten dürfen natürlich nicht zu Lasten der Qualität der Antworten gehen. Darin besteht heutzutage die Kunst.

Da ich inzwischen zu einem ziemlich guten Kenner der öffentlichen Verwaltung geworden bin, behaupte ich, daß die gestaffelten Antworten und Abzeichnungen, die wir geben, nicht sichern, daß jeder, der seine Paraphe darauf gesetzt hat, das, was er dort abzeichnet, nicht nur gesehen, sondern auch gelesen hat. Wir sprechen also über die Realitäten der öffentlichen Verwaltung. Zu einer

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) modernen und effizienten öffentlichen Verwaltung gehört aus meiner Sicht, daß jemand, der sich an sie wendet, sofort eine Antwort bekommt.

(Beifall des Friedrich Schepsmeier [SPD] und der Karin Jung [SPD])

Das beklagen wir, obwohl wir es immer alle eingefordert haben. Wenn man über öffentliche Verwaltungen und Reformen diskutiert, ist generell immer alles richtig. Tritt man dann allerdings einer Frage näher, wird es ziemlich problematisch bis ablehnend. Weil es etwas Derartiges noch nicht gibt, werden wir natürlich, wie Herr Kollege Grätz sagt, Lehrgeld zahlen. Selbstverständlich wird man korrigieren müssen. Aber was spricht denn dagegen?

Statt dessen beschäftigen wir heute alleine in der Staatskanzlei, bei mir im Hause, gut 300 Leute. Und in dieser Staatskanzlei beschäftigt ein Brief ungefähr 10 bis 15 Leute, und zwar über Wochen hinweg. So sieht doch die Realität aus! Ich muß doch - das sollten Sie mir zugestehen - die Möglichkeit haben, solche Institutionen einmal zu verändern. Das, was wir - auch mit Blick auf die Kosten - vorschlagen, bedeutet natürlich, daß die Kosten für die Beantwortung solcher Anfragen sinken. Das ist doch selbstverständlich! Jedes große Unternehmen in der ganzen Welt macht inzwischen diese Erfahrungen. Deshalb richten doch alle Unternehmen diese Einrichtungen ein. Die tun das doch nicht, um mehr Geld auszugeben. Es handelt sich dabei um ganz natürliche Konsequenzen.

- (B) Meine Bitte ist, mit diesem Thema aufgeschlossen umzugehen, so daß wir nicht über allzu viele Fesseln reden, sondern erst einmal mit einem solchen Projekt beginnen sollten.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD] und des Reinhold Trinius [SPD])

Ich muß Ihnen auch ganz ehrlich sagen: Natürlich höre ich überall die Klagen, die es an den Schulen gibt. Ich habe heute morgen ziemlich gut zugehört: An jeder unserer Schulen gebe es Unmut, Mißgunst und ähnliches. Inzwischen bin ich in vielen unserer Schulen gewesen und weiß, daß das nicht stimmt. Aber es wird behauptet! Ich möchte, daß in Zukunft jede Lehrerin, Eltern, Vater, Mutter, Schüler anrufen können. Jeder, der etwas zu beklagen hat, soll sich dort äußern können. Das ist gewollt. Wir wollen, daß zwischen Politik und öffentlicher Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern eine andere Art der Kom-

munikation eintritt, damit wir die Kommunikationsprobleme überwinden, die sich offensichtlich entwickelt haben.

(C)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Ministerpräsident! Jetzt haben Sie einen Augenblick einmal eine Pause gemacht. - Würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Jetzt habe ich mich aber erschrocken.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wenn das erreicht ist, ist das ja schon eine tolle Sache.

(Erneut allgemeine Heiterkeit)

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klein erlauben?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Aber selbstverständlich!

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön.

(D)

Volkmar Klein (CDU): Herr Ministerpräsident, wenn diese Idee aus dem Jahre 1998 stammt, wie kommt es denn dann, daß erst jetzt und zudem auch noch sehr kurzfristig die Mittel im Rahmen der zweiten Ergänzungsvorlage eingeplant werden und - was vielleicht auch gar nicht so günstig ist - die Erprobungsphase ausgerechnet im Landtagswahlkampf sein soll?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Da sind wir völlig unbesorgt. Ich habe es Ihnen doch gesagt: Wir sind an der Stelle ganz selbstbewußt. Die Idee habe ich im November 1998 mitgeteilt. Das könnte ich Ihnen zeigen, weil es seinerzeit in einigen Blättern zitiert worden ist.

(Zurufe von der CDU)

Selbstverständlich! Was meinen Sie, welche Vorstellungen da überwunden werden müssen. Wenn ich Frau Kollegin Lohrmann zuhöre, erkenne ich dort mehr die Sorge, daß irgend etwas passie-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) ren könnte. Ja, meinen Sie denn, das wäre in einer öffentlichen Verwaltung anders? Die haben doch auch die Sorge, da könnte irgend etwas weggenommen werden, was man seit 100 Jahren gemacht hat. Das ist so.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Löhrmann, ich bitte Sie um Ihr Verständnis. Aber ein bißchen geben Sie dem auch Ausdruck.

(Hört, hört! bei der SPD - Heiterkeit)

- Nicht wegen der 100 Jahre. Das würde ich Ihnen nie vorwerfen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich bin mit meiner Darstellung sehr vorsichtig gewesen.)

- Ich bin ja voller Dankbarkeit. Ich verstehe schon, daß das ziemlich hastig gekommen ist. Das stimmt schon. Weil ich zum Schluß gedrängt und nicht mehr eingesehen habe, daß wir das noch einmal ein Jahr schieben. Schließlich schieben wir diese Themen schon lange genug vor uns her. Sie müssen gelöst werden.

Und das ist meine Bitte. Daß man das mit ein bißchen Experimentierfreude tut, darum bitte ich auch. Was spricht denn dagegen?

- (B) (Edgar Moron [SPD]: Jetzt sind sie überzeugt, Herr Ministerpräsident! - Silvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Ideen kamen im Fluge!)

- Im Flug kamen sie nicht.

(Roland Appel [GRÜNE]: Im ICE?)

Ich bitte um Verständnis. Es ist wahr, daß wir mit diesem Vorschlag sehr spät gekommen sind. Es ist so gewesen, wie ich es hier geschildert habe. Die Idee ist aus dem Jahre 1998. Wir haben vor der Sommerpause dieses Jahres damit begonnen, daran zu arbeiten. Das hat sich entsetzlich lange hingezogen, weil alle möglichen Bedenken aus allen Richtungen gekommen sind. Es ehrt das Parlament, daß diese Bedenken im Parlament ebenfalls vorhanden sind. Meine Bitte ist dennoch, daß Sie uns jetzt diesen freien Lauf geben.

Sie können uns gerne kritisch begleiten. Das ist etwas Neues für eine öffentliche Verwaltung. Das gibt es bisher nirgendwo. Aber es ist richtig. Davon bin ich überzeugt, weil ich weiß, wie Bürger über öffentliche Verwaltungen denken und weil Bürger und Institutionen von öffentlichen Verwaltungen schnellere Reaktionen wollen.

Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben ja Ihre Konditionen genannt. Wir werden uns natürlich nach der Decke strecken, wie sich das für uns gehört. Wir tun das voller Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen und freuen uns auf die Zusammenarbeit. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum Thema **Europa**. Ich darf zunächst Frau Kollegin Keller für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

(Unruhe)

Ilka Keller (CDU): Ein bißchen Geduld muß noch sein, aber nur ein bißchen; das ist klar.

Europapolitik ist seit fast 500 Tagen Chefsache bei uns in Düsseldorf. Herr Ministerpräsident, Sie haben den Europaminister sozusagen abgeschafft und das Ministerium in die Staatskanzlei eingegliedert.

Wir wollen natürlich schon wissen: Was ist jetzt besser, wenn das Chefsache ist? Was hat sich verändert? Hat sich dieser Schritt aus Ihrer Sicht bewährt? Hat sich die Europapolitik für unser Land jetzt verändert? Ist sie bedeutender geworden?

(Edgar Moron [SPD]: Viel besser!)

Oder ist es nicht vielmehr so, daß durch den Verzicht auf das Europaministerium auch Personal abgebaut wurde und dadurch die Europapolitik an Effizienz nach außen hin verloren hat?

Ich persönlich war sehr erstaunt, als wir in der letzten Ausschusssitzung hier die Frage der Landesvertretung Brüssel diskutiert haben und weder Sie noch der Herr Staatssekretär anwesend waren, um Fragen zu beantworten. Der Betroffene, Herr Schreiber selbst, mußte das tun. Das fand ich auch nicht angemessen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben selber in der Sendung "Westpol" im WDR-Fernsehen gesagt, Sie seien leider nicht oft genug in Brüssel. Obwohl Sie wüßten, wie bedeutend die Ereignisse in Brüssel seien, könnten Sie sich sehr wenig um diese Thematik kümmern.

(C)

(D)

(Ilka Keller [CDU])

- (A) Das stellen wir auch fest. Insofern war das vielleicht doch keine so gute Entscheidung, das alles in die Staatskanzlei zu holen.

Sie greifen auch immer zurück auf Bayern. Sie haben hier auch schon ein Date mit Herrn Stoiber gehabt. Der hat - obwohl er sich des Themas Europa immer sehr annimmt - auch zusätzlich einen Europaminister, den Herrn Bocklet, benannt, der dieses Thema noch viel effizienter aufbereiten kann.

Wir haben das Gefühl, daß unsere eigene Landesvertretung in Brüssel sehr viel effektiver die Themen für unser Land aufarbeiten könnte, aber nicht die richtige Rückkopplung in Ihrem Hause findet. Ich mache den Kollegen vor Ort gar keinen Vorwurf. Aus unserer Sicht haben wir festgestellt: Sie haben für Ihre Außenstelle wirklich nicht die nötige Rückendeckung aus Ihrem Haus.

Sie haben gleichzeitig auch ein Papier vorgelegt: NRW 2000 plus. Das hört sich gut an. Das läßt sich auch sehr gut verkaufen. PR ist ja alles, so denke ich. Zumindest kann man damit sehr viel Unmut erst einmal kurzfristig auffangen, doch muß man es auch mit Fleisch ausfüllen.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Kein britisches Rind!)

(B)

Wir haben lesen dürfen, daß Sie noch sehr viel mehr Erfahrungsaustausch mit den Benelux-Ländern in Gang bringen wollen. Sie wollen hier eine neue Plattform finden, auf der man sich abstimmt über Straßenprojekte und vieles andere darüber hinaus.

Doch wenn das so ist: Wo finden wir das im Haushalt? Da haben wir einen Ansatz von 500.000 DM gefunden. Wir denken, das reicht bei weitem nicht aus, wenn wir das, was in diesem Papier "NRW 2000 plus" vorgesehen ist, ernst nehmen und wirklich auf den Weg geben wollen. Da finden wir im Haushalt nicht die richtigen Ansätze.

Gleichzeitig bedauern wir, daß in der Entwicklungspolitik immer mehr die Ansätze zurückgefahren wurden, auch in diesem Haushalt wieder. Man greift ausschließlich auf Informationsmechanismen hier bei uns im eigenen Land zurück. Man setzt das Promotorenmodell ein. Ich verstehe ja, daß das eine ideale Spielwiese für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist und daß man dort Plätze besetzen konnte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nach zwei Jahren waren Sie bereit zu prüfen, wie effektiv dieses Promotorenmodell ist, und haben dabei festgestellt, daß es an der Zeit wäre, auch einmal Leitlinien auf den Weg zu bringen. Diese Leitlinien sollen nun Anfang des nächsten Jahres vorliegen. Wir sind sehr erfreut, in dieser Richtung endlich etwas auf den Tisch zu bekommen.

Unseres Erachtens könnte das Thema "Entwicklungspolitik - was bedeutet Entwicklungspolitik?" sehr gut mit in die Schulpolitik aufgenommen werden. An und für sich müßte daraus ein Pflichtfach werden, um schon in der Schule die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung in Europa und der Entwicklung in der Welt deutlich zu machen.

Und die Vermittlung dieser Zusammenhänge kann das Promotorenmodell beim besten Willen nicht flächendeckend in allen Städten und Gemeinden NRWs leisten. Vielmehr kocht man, was das Promotorenmodell angeht, nach unserem Kenntnisstand sehr oft im eigenen Saft, kommt über das eigene Klientel nicht hinaus.

Dafür ist dann der Ansatz von 2 Millionen DM zuviel. Und auch mit den Mitteln des GFG, wo nach dem Gießkannenprinzip pro Kopf der Bevölkerung 50 Pfennig - insgesamt 9 Millionen DM - verausgabt werden, könnte man Effektiveres gestalten. Wir mahnen es auch in diesem Jahr wieder an. Denken Sie also darüber nach, wie man hier mehr bewirken kann. Gerade Sie sind immer dafür, Politik effektiver zu gestalten. Hier ist noch eine Menge zu tun. So, wie es jetzt läuft, sind wir damit leider noch nicht einverstanden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Danke schön. - Ich darf, wenn ich richtig unterrichtet bin, Frau Kollegin Sikora für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Gabriele Sikora (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht verhehlen, daß ich eigentlich ganz froh war, daß Sie die Wortmeldung anfänglich übersehen haben, weil ich gedacht habe, auf diese Weise könnten wir etwas Zeit einsparen. Wenn ich den Gehalt des letzten

(C)

(D)

(Gabriele Sikora [SPD])

- (A) Wortbeitrages zugrunde lege, wäre das auch der richtige Ansatz gewesen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf Ihre Kritik, Frau Keller, daß in der letzten Ausschußsitzung nur Beamte der Staatskanzlei und der Landesvertretung anwesend waren, ist schon in der Ausschußsitzung selbst genügend eingegangen worden. Dies ist nicht als Ignoranz einzustufen, sondern es gibt - auch in Ihrer Partei - Zeiten, wo die Duplizität der Ereignisse die gleichzeitige Anwesenheit an mehreren Orten erforderte, was unmöglich ist. Im übrigen war es das einzige Mal, daß die Landesregierung in der Ausschußsitzung nur durch Beamte vertreten war.

Zu Ihren Gefühlen, die Sie zu der Tatsache der Zusammenlegung des Europaministeriums und der Staatskanzlei geäußert haben, kann ich nichts sagen, zumal Sie hier nichts Greifbares vorgetragen haben, was Ihre Gefühle untermauerte. - Ich denke, darauf wird der Ministerpräsident gleich im einzelnen eingehen.

- (B) Sehr schön fand ich, daß Sie das vom Ministerpräsidenten vorgelegte Papier "NRW 2000 plus" zitiert haben. In der Tat sind darin europapolitische Visionen des Ministerpräsidenten beschrieben. Nun kritisieren Sie, daß diese Visionen, die in einem neuen Kooperationsraum Benelux ihre Entsprechung finden, nicht mit einem ausreichenden Haushaltsansatz ausgestattet wären. Um diese Kritik zu unterfüttern, müssen Sie erklären, was Sie denn gleichzeitig machen wollten. Diese Erklärung aber sind Sie bisher schuldig geblieben.

Was das Promotorenmodell betrifft, bekommen wir seit fünf Jahren von Ihnen jedes Jahr den gleichen Antrag, basierend auf Ihrer bekannten ablehnenden Haltung gegenüber diesem Modell. Inzwischen hat die Begutachtung und Evaluation des Promotorenmodells bestätigt, daß die Promotorinnen und Promotoren der Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt und der Carl-Duisberg-Gesellschaft gute Arbeit leisten. Was noch folgen muß, ist die Leitbildformulierung. Sie ist zur Zeit in der Diskussion. Für März ist ein erster Entwurf angekündigt.

Ich hatte die Hoffnung gehegt, Sie hätten aufgrund des Evaluationsergebnisses von Ihrem Antrag - er liegt heute zur zweiten Lesung als Änderungsantrag auch nicht vor - Abstand genommen, und bei Ihnen wäre mittlerweile doch eine bessere Erkenntnis gereift, so daß Sie dem Einzelplan 02,

zumindest was die europa- und Eine-Welt-politischen Ansätze anbelangt, zustimmen könnten. Aber weit gefehlt!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Danke schön. - Ich darf Frau Kollegin Koczy das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, das Thema Europa hat ein größeres Publikum verdient. Es hat mehr Aufmerksamkeit verdient. Und ich hätte mir gewünscht, daß nicht zu diesem späten Zeitpunkt hier noch einmal eine Nachrede stattfinden würde, die meiner Meinung am Thema vorbeigegangen ist. Denn das Thema Europa, wie wir es im Europa- und Eine-Welt-Ausschuß diskutieren, hat eine weitaus größere Bedeutung als nachzukarten, ob der Ministerpräsident als Europaminister auch immer anwesend war. Ich nehme an, er wird die eben gehörten Vorwürfe zum Anlaß nehmen, auch einmal im Ausschuß zu erscheinen. Davon gehen wir aus. Wir sind da ja alle zukunftsfähig und können auf die Zukunft vertrauen.

Aber, Frau Keller, das Thema Europa hier so vorzutragen, als wenn es nur um das eben erwähnte Problem ginge, das tut mir richtig weh. Eigentlich müßte man zum Thema Europa noch viel, viel mehr reden. So wurde in den Beiträgen am heutigen Tag auch immer wieder einmal erwähnt, wie wichtig es ist, die europäische Ebene einzubeziehen.

Ich hätte mir gewünscht, daß dazu etwas Substanzielles in Ihrem Redebeitrag gefallen wäre. Das ist leider nicht der Fall gewesen, und an diesem späten Abend kann man niemanden mehr vom Hocker reißen, wenn man auf der Ebene, die Sie beschritten haben, Frau Keller, diskutiert.

Besonders bedauere ich natürlich, daß die CDU - und insbesondere Sie, Frau Keller - wieder das Thema der Promotorinnen hier eingebracht hat und so tut, als wäre dieses Thema nur eine Spielwiese von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese Spielwiese ist nicht nur bei uns angesiedelt, sondern landesweit. Es gibt 2.000 ehrenamtliche Gruppen - das betone ich -, auch Erwachsene, die in diesem Themenfeld arbeiten. Es ist von daher kein alleiniges schulpolitisches Thema. Wenn Sie

(C)

(D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) es jedoch nur auf Schule reduzieren wollen, dann gehen Sie am Thema vorbei.

Innerhalb der Schule wird zum Thema Eine-Welt-Politik gearbeitet, aber es geht auch darum, die Erwachsenen zu überzeugen und Verhaltensänderungen herbeizuführen. Dies soll schließlich dazu beitragen, daß wir in der europäischen und internationalen Arbeit zusammenkommen und die Globalität von Problemen erkennen und daran arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist am heutigen Abend nicht besonders sinnvoll, tiefer in diese Debatte einzusteigen - vor allem auch, weil die Opposition hier so wenig gebracht hat. Von daher schenke ich Ihnen meine restliche Redezeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Ministerpräsident, möchten Sie noch das Wort ergreifen? - Bitte schön.

- (B) **Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Schönen Dank, Herr Präsident. Frau Kollegin Keller, Sie haben gefragt - es ist schon ein wenig spät -, warum ich die Europapolitik in die Staatskanzlei eingegliedert habe. Sicherlich erwarten Sie nicht, daß ich sage, ich hätte Herrn Kollegen Dammeyer für nicht gut genug gehalten. Ich will hier offen und klar sagen: Es gibt wenige Politiker in Deutschland, die derart viel Ahnung von Europa haben wie der Kollege Dammeyer. Dieser lebt auch den europäischen Gedanken, und ich kann Ihnen nur empfehlen, sich mit ihm darüber zu unterhalten und ihn so wahrzunehmen, wie er tatsächlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte darüber noch einiges sagen.

Warum ich die Europapolitik in die Staatskanzlei eingegliedert habe und diese Entscheidung unverändert für richtig halte, ist, daß Europa nicht mehr etwas ist, was neben den anderen Ressorts läuft. Es gehört integriert in die Arbeit aller Ressorts. Es gibt keine Politik in Deutschland - auch nicht in den Ländern -, die nicht europäische Aspekte einbeziehen muß.

Man kann dann aber nicht von außen in die einzelnen Ressorts hineinregieren. Ein Wirtschafts-

ministerium läßt sich nicht von einem Ressort daneben hineinregieren; das habe ich selbst erlebt und praktiziert. Deshalb ist es richtig, Europa als integrierten Faktor in die Staatskanzlei aufgenommen zu haben. - Das war der Grund. Das ist ein ganz sachlicher Grund.

Des weiteren fragen Sie, warum ich nicht in der Sitzung des Ausschusses vertreten gewesen sei. Ich entschuldige mich dafür und höre heute zum ersten Mal, daß beide Vertreter nicht anwesend waren. Wir werden versuchen, das zukünftig zu verhindern, denn ich komme mit größtem Vergnügen zu Diskussionen.

Eines möchte ich jedoch betonen: Es hat noch keine Phase in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gegeben, in der die Verflechtungen zwischen uns, den Benelux-Ländern und Frankreich so eng waren wie jetzt. Das hat sehr viel mit der Arbeit von Johannes Rau als meinem Vorgänger zu tun, aber auch ein bißchen mit meiner Arbeit.

Wenn ich von Europa rede, dann rede ich nicht davon, daß ich unbedingt einmal pro Monat in meinem Büro in Brüssel anwesend sein muß. Ich rede vielmehr davon, daß ich die europäische Politik mitgestalte. Ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie heute Belgien, die Niederlande, Luxemburg oder Paris besuchen, dann wissen die Menschen dort um die Bedeutung von Nordrhein-Westfalen, um die enge Verflechtungen mit uns und um die Vorteile der ökonomischen Beziehungen zwischen unseren Ländern. Sie wissen auch, daß daraus kulturelle Verflechtungen werden. Das tun inzwischen alle Ressorts dieser Landesregierung, und das hat es in so einem Entwicklungstempo noch nicht gegeben. Das ist eigentliche europäische Politik. Einmal nicht in irgendeiner Institution vertreten zu sein, gehört auch dazu.

In Wahrheit geht es darum, die Beziehungen in dieser Wirtschaftsregion mit den Benelux-Staaten zusammen zu organisieren. Ich bin froh, daß wir es heute in dieser Form betreiben.

Ich muß sagen: Ich finde es teilweise amüsant, daß Sie sagen, es finde sich nicht im Haushalt wieder. Eigentlich müßte jeder Steuerzahler selig darüber sein, denn es muß ja nicht immer alles etwas kosten. Sie können sich an jeder Phase dieser Politik beteiligen. Ständig sind Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament und aus der Regierung in diesen Staaten unterwegs. Das ist der Sinn. Das sehe ich also nicht als etwas Kritisches an, sondern ich bin vielmehr stolz auf diese Ent-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) wicklung, die wir hier in Nordwesteuropa eingeleitet haben. Ich bin dankbar dafür, daß die Niederländer und andere - aber gerade die Niederländer, die uns mit großer Skepsis gegenübergestanden haben - heute zu einer solchen Form der Zusammenarbeit bereit sind.

Was den Hinweis auf Bayern und das, was Bayern unterhalten hat, angeht, so kann ich dazu sagen: Davon können der Kollege Dammeyer und ich nur träumen. Ich habe es bereits vorhin gesagt: Der Kollege Stoiber hat in der Staatskanzlei zwei Staatsminister zusätzlich neben einem Amtschef. Die haben einen Adamowitsch und noch einmal zwei Minister daneben und mindestens acht Abteilungen. Sollen wir so etwas auch machen? Würden Sie dem zustimmen, wenn ich dem Parlament vorschlagen würde, die Verwaltung in Nordrhein-Westfalen zu verdoppeln? - Das ist doch die Realität!

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Unglaublich!)

- Ja, gemessen an der Größe des Landes wäre das so.

- (B) Wir müssen mit den Dingen doch irgendwie rational umgehen. Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen etwas anders gestrickt und versuchen, das anders zu handhaben. Das ist im Interesse des Landes, glaube ich. Hier in Nordrhein-Westfalen würde ein solcher Regierungsstil von den Menschen auch nicht toleriert werden, und sie hätten auch recht.

Was die Europapolitik angeht: Sie hat nicht nur nicht an Rang verloren, sondern sie hat nachdrücklich an Rang gewonnen. Das hat nichts mit Konstruktionen zu tun, sondern das hat damit zu tun, daß wir uns inzwischen in einer Währungsunion mit einer unglaublichen Entwicklungsdynamik befinden; an dieser sind wir allerdings voll inhaltlich beteiligt. Ich wüßte gerne ein Land in Deutschland, das stärker und intensiver an diesem Prozeß beteiligt ist, als wir es sind. Das sind die Auswirkungen der Europapolitik.

Was die internationale Politik angeht: Herr Adamowitsch hat mir kürzlich eine Übersicht über die Projekte gegeben, die wir zur Zeit international durchführen. Das ist gigantisch. Bei der Kleinheit der Mittel, die wir einsetzen, ist das enorm. Daß wir gleichzeitig Mittel für die Dritte-Welt-Arbeit sowie für die Promotorinnen und Promotoren einsetzen, halten wir für richtig. Sie kennen das Gutachten; Sie haben dazu eine andere Ansicht. Wir aber sind der Meinung, daß wir zusätzlich zu

dem, was wir international tun, auch die Arbeit der engagierten Leute unterstützen sollten, die von hier aus zur Bewußtseinsänderung beitragen. Diese Mittel könnte ich auch zu anderen gesellschaftlichen Betätigungen ins Verhältnis setzen, aber ich muß sagen: 2 Millionen DM für eine gesellschaftspolitisch sehr wichtige Aufgabe - darin sind wir uns wahrscheinlich einig - sind nicht zu viel; ich will dem andere Lebensbereiche nicht gegenüberstellen.

Ich habe jedenfalls in der Vergangenheit an einigen der Treffen teilnehmen können und bin immer wieder außerordentlich beeindruckt über das Engagement von Menschen, die sich der Friedens- und Entwicklungsarbeit widmen, und zwar mit einer Intensität, die man sich für andere Lebensbereiche bei uns wünschen würde.

Deshalb finde ich, es ist ein vernünftig und gut angelegtes Geld, das wir dort investieren. In dieser Frage sind wir noch ein Stück auseinander, Frau Kollegin Keller. Über Europapolitik würde ich gerne mit Ihnen in eine intensive Diskussion kommen, um wirklich in der Lage zu sein, Ihnen darzustellen, wie sich die Europapolitik aus unserer Sicht darstellt.

(Roland Appel [GRÜNE]: Ob das hilft, ist natürlich die Frage!)

- Es hilft alles. - In diesem Sinne schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, möchte noch jemand das Wort ergreifen? - Dann schließe ich die Beratung zu Einzelplan 02 und lasse **abstimmen**.

Wer dem **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4502** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit mit Mehrheit so **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung
und

Haushaltsgesetz 2000